

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Marie-Louise Puls (KV Fulda)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 5 bis 7:

trauern mit den Angehörigen der Opfer. Wir zollen all denen Respekt, die in diesen schweren Stunden Menschen gerettet, Verwundete versorgt ~~und~~, Hinterbliebene betreut ~~haben~~ und Leichen geborgen haben, um diese in Würde bestatten zu können. Wenn heute, 75 Jahre nach der Staatsgründung Israels und rund 80 Jahre nach dem Holocaust, Jüdinnen und

Begründung

Insbesondere in Betrachtung jüdisch geprägter Bestattungsrituale, ist das Bergen der Leichen eine essentielle Aufgabe, um die menschliche Würde der Verstorbenen, zumindest für ein Mindestmaß wiederherzustellen. Wir sollten die Augen auch vor grausamen Aufgabenstellungen nicht verschließen und diese angemessen würdigen.

weitere Antragsteller*innen

Johannes Reinhardt (KV Fulda); Andreas Raschendorfer (KV Fulda); Aylin Hunold (KV Fulda); Steffen Pichl (KV Fulda); Margareta Braun (KV Fulda); Waltraud Seeberger (KV Fulda); Omar Jouini (KV Fulda); Lilly-Marie Arand (KV Fulda); Volker Büchel (KV Fulda); Christine Purrmann-Keil (KV Fulda); Gunther Mertens (KV Fulda); Clara Lengenfeld (KV Fulda); Knut Heiland (KV Fulda); Julia Loebel (KV Fulda); Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt); Stephanie Pilar Butte (KV Kassel-Stadt); Sandra Mijatovic (KV Kassel-Stadt); Marianne Knipping (KV Kassel-Stadt); Veronika Moers (KV Kassel-Stadt); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Sebastian Pewny (KV Bochum)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 14 bis 17 einfügen:

das nationalsozialistische Deutschland sechs Millionen Jüdinnen und Juden systematisch ermordet hatte. Seitdem bietet Israel eine nationale und demokratische Heimstätte und einen sicheren Hafen für das jüdische Volk. Das Existenzrecht Israels ist für uns deshalb genauso unverhandelbar wie die Sicherheit von Jüdinnen und Juden. Dies gehört zur deutschen Staatsräson.

weitere Antragsteller*innen

Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); Sven Schrade (KV Reutlingen); Ursula Eid (KV Esslingen); Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau); Gertrud Welper (KV Borken); Uwe Ney-Rancea (KV Berlin-Pankow); Matthias Restorff (KV Schwarzwald-Baar); Reiner Daams (KV Solingen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Karsten Finke (KV Bochum); Oliver Buschmann (KV Bochum); Yohana Rahel Hirschfeld (KV Hamburg-Altona); Leander Hirschsteiner (KV München); Marie Simone Dornia (KV Hamburg-Nord); Philipp Karl Witte (KV Hamburg-Altona); Tilmann Holzer (KV Berlin-Mitte); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Peter Mordechai Zamory (KV Hamburg-Altona); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Christian Sterzing (KV Südliche Weinstraße)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 21 bis 29:

7. Oktober führt Israel deshalb Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen. Unter diesem Krieg leidet die palästinensische ~~Zivilbevölkerung; es sind bereits Tausende Zivilist*innen, darunter auch zahlreiche Journalist*innen wie auch Mitarbeiter*innen der UN, umgekommen—dieses Leiden macht uns tief betroffen, es ist Teil des zynischen Kalküls der Terroristen. Die Hamas missbraucht die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilder und versteckt ihre Kämpfer und Waffen in und unter ziviler Infrastruktur. Dieses Drehbuch darf nicht aufgehen. Wir setzen uns vehement für die Freilassung aller von der Hamas verschleppten Geiseln und für humanitäre Pausen ein. Auch der Raketenterror der Hamas und anderer extremistischer Gruppen muss sofort unterbunden werden.~~ Zivilbevölkerung. Tausende Zivilist*innen, nicht zuletzt Kinder, sterben durch die israelischen Angriffe. Dieses Leiden macht uns tief betroffen. Es ist auch Teil des zynischen Kalküls der Terroristen, denn die Hamas missbraucht die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilder und versteckt ihre Kämpfer und Waffen in und unter ziviler Infrastruktur. Doch trotz dieser Strategie der Hamas gilt auch für Israel das völkerrechtliche Gebot der Verhältnismäßigkeit. Die israelischen Angriffe haben ein Ausmaß angenommen, das die Spirale von Hass und Radikalisierung weiter anfacht. Wir verurteilen die Aufrufe hochrangiger israelischer Politiker*innen zu Vertreibungen und Gewalt gegen Zivilist*innen. Wir begrüßen deshalb die Resolution des UN-Sicherheitsrats, die Konfliktparteien zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts aufzufordern und besonders durch ausgedehnte humanitäre Pausen den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Nur durch eine zumindest begrenzte Einstellung der militärischen Aktivitäten beider Konfliktparteien wird eine ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen möglich sein.

Wir rufen auch zur Beendigung der verschärften Blockade des Gazastreifens durch Israel unter Berücksichtigung legitimer israelischer Sicherheitsinteressen auf.

Wir fordern die unbedingte und sofortige Freilassung aller von der Hamas verschleppten Geiseln.

weitere Antragsteller*innen

Frauke Neumann-Silkow (KV Frankfurt); Barbara Unmüßig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Steffen Hagemann (KV Kaiserslautern); Udo Lichtenthäler (KV Landau); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Jochen Aulbach (KV Main-Kinzig); Ingrid Bäuml (KV Cochem-Zell); Simone Fischer-Gora (KV Südliche Weinstraße); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Helmut Schwehm (KV Südliche Weinstraße); Thorben Thieme (KV Neuwied); Gerhard Rodrian (KV Südliche Weinstraße); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Bettina Deutelmöser (KV Stade); Sigrid

Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); sowie 35 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: BAG Migration & Flucht
Beschlussdatum: 20.11.2023

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 27 bis 29:

aufgehen. Wir setzen uns vehement für die Freilassung aller von der Hamas verschleppten Geiseln, ~~für Feuerpausen~~ und ~~für~~-humanitäre ~~Pausen~~ ~~Hilfslieferungen~~ ein. Auch der Raketenterror der Hamas und anderer extremistischer Gruppen muss sofort unterbunden werden.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Christian Sterzing (KV Südliche Weinstraße)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 30 bis 34:

~~In Gaza, wo das Leben bereits vor dem aktuellen Krieg von Armut und Perspektivlosigkeit geprägt war, ereignet sich eine humanitäre Katastrophe. Den Menschen fehlt es an allem, was es zum Überleben braucht: Wasser, Grundnahrungsmittel, medizinische Hilfe. Viele sind auf der Flucht. Wir danken den Freiwilligen und Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen, die ihr Leben riskieren, um Menschen in Not zu versorgen.~~

Das Leben in Gaza war bereits vor dem aktuellen Krieg von Armut und Perspektivlosigkeit geprägt. Schon 2020 hat die Weltbank den Gazastreifen aufgrund der katastrophalen Lebensverhältnisse als unbewohnbar bezeichnet. Verantwortlich dafür war in erster Linie die menschenverachtende Herrschaft der Hamas. Es lag aber auch daran, dass die weitgehende israelische und ägyptische Blockade des Küstenstreifens seit Jahren keine wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen zugelassen haben. Den Menschen fehlt es an allem, was es zum Überleben braucht: Wasser, Grundnahrungsmittel, medizinische Hilfe. Eine Million Palästinenser*innen sind auf der Flucht in den Süden des Gazastreifens, obwohl es auch dort keine geschützten Fluchträume gibt.

Wir danken den Freiwilligen und Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen, die ihr Leben riskieren, um Menschen in Not zu versorgen.

weitere Antragsteller*innen

Steffen Hagemann (KV Kaiserslautern); Barbara Unmüßig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Udo Lichtenthäler (KV Landau); Jochen Aulbach (KV Main-Kinzig); Ingrid Bäuml (KV Cochem-Zell); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Helmut Schwehm (KV Südliche Weinstraße); Thorben Thieme (KV Neuwied); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Bettina Deutmoser (KV Stade); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Kristin Kosche (KV Rhein-Lahn); Kerstin Wilde (KV Leipzig); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Christian Sterzing (KV Südliche Weinstraße)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 36 bis 38:

Diese Hilfe gilt es, langfristig fortzuführen und zu intensivieren. Damit sie bei den notleidenden Menschen ankommt, braucht es dauerhaften und sicheren humanitären Zugang. ~~Dafür sind humanitäre Feuerpausen und Korridore von entscheidender Bedeutung.~~

Mittel- und langfristig braucht es neben einer politischen, auch ökonomische Perspektiven für den Gazastreifen, um der Radikalisierung den sozialen Nährboden zu entziehen und menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen.

weitere Antragsteller*innen

Steffen Hagemann (KV Kaiserslautern); Barbara Unmüßig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Udo Lichtenthäler (KV Landau); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Jochen Aulbach (KV Main-Kinzig); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Helmut Schwehm (KV Südliche Weinstraße); Thorben Thieme (KV Neuwied); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Bettina Deutmoser (KV Stade); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Rainer Wagner (KV Südliche Weinstraße); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Simone Fischer-Gora (KV Südliche Weinstraße); Kerstin Wilde (KV Leipzig); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: BAG Frieden und Internationales
Beschlussdatum: 14.10.2023

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 37 bis 38 einfügen:

notleidenden Menschen ankommt, braucht es dauerhaften und sicheren humanitären Zugang.
Dafür sind humanitäre Feuerpausen und Korridore von entscheidender Bedeutung.

Menschenwürdige Lebensbedingungen müssen dauerhaft auf allen Seiten gesichert sein.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Christian Sterzing (KV Südliche Weinstraße)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 43 bis 46:

genauso wie unsere Partner in Lateinamerika, Afrika und Asien genau darauf, wie wir uns verhalten. ~~Umso wichtiger ist unser humanitäres Engagement, das auch eine Grundlage für unsere Zusammenarbeit vor allem mit den Menschen und Staaten im Globalen Süden und der arabischen Welt ist.~~

Umso wichtiger ist unser humanitäres Engagement und unser Einsatz für die Geltung des humanitären Völkerrechts. Das konsequente und glaubwürdige Eintreten für das internationale Recht und eine regelbasierte Weltordnung ist Voraussetzung für die erfolgreiche Zusammenarbeit vor allem mit den Menschen und Staaten im Globalen Süden und der arabischen Welt.

weitere Antragsteller*innen

Barbara Unmüßig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Udo Lichtenthäler (KV Landau); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Jochen Aulbach (KV Main-Kinzig); Ingrid Bäuml (KV Cochem-Zell); Simone Fischer-Gora (KV Südliche Weinstraße); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Helmut Schwehm (KV Südliche Weinstraße); Thorben Thieme (KV Neuwied); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Bettina Deutelmöser (KV Stade); Rainer Wagner (KV Südliche Weinstraße); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Kristin Kosche (KV Rhein-Lahn); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Christian Sterzing (KV Südliche Weinstraße)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 46 bis 49:

Wir müssen aber auch schon jetzt über den Tag danach nachdenken, um die Sicherheit Israels
das friedliche Zusammenleben im Nahen Osten und die Rechte aller Menschen in der Region

~~Wir müssen aber auch schon jetzt über den Tag danach nachdenken, um die Sicherheit Israels~~
~~auch~~ für die Zukunft zu garantieren: Dauerhaften Frieden kann es nur auf politischem Wege
geben. Wir setzen uns für eine verhandelte Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage der

weitere Antragsteller*innen

Frauke Neumann-Silkow (KV Frankfurt); Steffen Hagemann (KV Kaiserslautern); Barbara Unmüßig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Udo Lichtenthäler (KV Landau); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Jochen Aulbach (KV Main-Kinzig); Ingrid Bäuml (KV Cochem-Zell); Simone Fischer-Gora (KV Südliche Weinstraße); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Helmut Schwehm (KV Südliche Weinstraße); Thorben Thieme (KV Neuwied); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Bettina Deutelmöser (KV Stade); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Rainer Wagner (KV Südliche Weinstraße); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 48 bis 50 einfügen:

auch für die Zukunft zu garantieren: Dauerhaften Frieden kann es nur auf politischem Wege geben. Wir setzen uns **vehement** für eine verhandelte Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 ein, bei der der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer und

weitere Antragsteller*innen

Sandra Smolka (KV Freising); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Lucie Schröder (KV Berlin-Mitte); Lisa Dieminger (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Santiago Rodriguez Salgado (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Philipp Lang (KV Stuttgart); Maximilian-Lukas Linke (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick); sowie 43 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Lior Smith (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 50 bis 52 einfügen:

Grenzen von 1967 ein, bei der der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer und lebensfähiger palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Darum braucht es neben unserer unerschütterlichen Solidarität mit Israel auch unsere konsequente Unterstützung einer palästinensisch-geführten demokratischen Bewegung. Ohne eine Stärkung der Stimmen pro-demokratischer Palästinenser*innen wird es auf lange Sicht unmöglich sein, zu einer Zwei-Staaten-Lösung zu kommen.

weitere Antragsteller*innen

Martin Schmid (KV Ennepe-Ruhr); Juni Schandl (KV Ortenau); Lena Christin Schwelling (KV Ulm); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Daniel Navon (KV Frankfurt); Finn Schwarz (KV Tübingen); Ali Khademolhosseini (BV Bundesverband); Aaron Leonard Smith (KV Stuttgart); Anna Abbas (KV Gelsenkirchen); Anna Peters (KV Emmendingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Franziska Tell (KV Bremen-Nordost); Katharina Zimmer (KV Stuttgart); Justus Heuer (KV Jena); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Pascal Haggenmüller (KV Karlsruhe-Land); Malte Gallée (KV Bamberg-Stadt); Elly Reich (KV Karlsruhe); Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck); sowie 42 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Antje Westhues (KV Bochum)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 50 bis 52 einfügen:

Grenzen von 1967 ein, bei der der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer und lebensfähiger palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben, oder andere Lösungsansätze, die zu einem nachhaltigen Frieden führen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass feministische und nachhaltige Ansätze der Konfliktlösung, wie das Aufbrechen von patriarchalen Strukturen und von Unterdrückungsmechanismen und weitere feministische Ansätze, unterstützend zum nachhaltigen Frieden mitwirken können. Das umfasst für uns die aktive Einbeziehung von Frauen und vulnerablen Gruppen als Gestalter*innen des Friedensprozesses. Mit der Hamas und anderen Terrororganisationen stehen jedoch Gewaltakteure, die nie den Frieden

Begründung

Wir müssen uns auch für andere Lösungsansätze öffnen und nicht nur an der zwei-Staaten-Regelungen festhalten, um einen nachhaltigen Frieden zu erreichen.

Wir sollten auch die feministischen Ansätze deutlich benennen, Frauen und vulnerablen Gruppen müssen als aktive Gestalter*innen beim Friedenprozess mit an den Verhandlungstisch, um einem nachhaltigen Frieden zu erreichen.

weitere Antragsteller*innen

Verena Kahl (KV Kiel); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Annelie Strosing (KV Mülheim); Birgit Fligge (KV Bochum); Xenia Kellner (KV Hannover); Eva Becher (KV Potsdam); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Barbara Jessel (KV Bochum); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Carlos Echegoyen (KV Bonn); Sandra Krautscheid (KV Rhein-Sieg); Sabine Yündem (KV Remscheid); Sarah Ribbert (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt); Laura Lotte Häußler (KV Braunschweig); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Steffi Bernsee (KV Barnim); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Michael Krempin (KV Wetterau); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Lior Smith (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 52 bis 54 einfügen:

der Hamas und anderen Terrororganisationen stehen jedoch Gewaltakteure, die nie den Frieden mit Israel gewollt haben, einer politischen Lösung diametral entgegen. Die Vernichtung Israels und seiner Bürger*innen ist ein integraler Bestandteil der Ideologie und der politischen Ziele von Hamas, Hisbollah und dem iranischen Regime. Deshalb fordern wir die internationale Strafverfolgung ranghoher Mitglieder von Hamas, Hisbollah und der iranischen Revolutionsgarden. Wir werden unseren Beitrag leisten, dass die Friedensperspektive wieder gestärkt werden kann. Dazu gehört auch

weitere Antragsteller*innen

Martin Schmid (KV Ennepe-Ruhr); Juni Schandl (KV Ortenau); Lena Christin Schwelling (KV Ulm); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Daniel Navon (KV Frankfurt); Finn Schwarz (KV Tübingen); Ali Khademolhosseini (BV Bundesverband); Aaron Leonard Smith (KV Stuttgart); Anna Abbas (KV Gelsenkirchen); Anna Peters (KV Emmendingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Franziska Tell (KV Bremen-Nordost); Katharina Zimmer (KV Stuttgart); Justus Heuer (KV Jena); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Pascal Haggenmüller (KV Karlsruhe-Land); Malte Gallée (KV Bamberg-Stadt); Elly Reich (KV Karlsruhe); Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck); sowie 42 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: BAG Frieden und Internationales
Beschlussdatum: 14.10.2023

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 55 bis 59 einfügen:

eine klare Verurteilung und Bekämpfung des Terrors gegen Israel durch die Palästinensische Autonomiebehörde. Der fortdauernde israelische Siedlungsbau, jegliche Versuche besetztes Gebiet zu annektieren und die Siedlergewalt gegen Palästinenser*innen im Westjordanland sind Hürden für den Frieden. Wir wollen weiterhin mit allen Kräften in Israel und Palästina solidarisch zusammenarbeiten, die sich gewaltfrei für die Verteidigung und Einhaltung der Menschen- und Bürger*innenrechte, für die Gewaltenteilung, gegen eine Spaltung der israelischen Gesellschaft, gegen die anhaltende Unterdrückung in der palästinensischen Gesellschaft, gegen eine Fortdauer der Besatzung und für einen gerechten und dauerhaften Frieden einsetzen. Wir begrüßen die Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen Lage für einen erneuten Friedensprozess einzusetzen. Auch auf europäischer Ebene sollte die EU die Kräfte ihrer Mitgliedsstaaten für eine multilateral mit allen Konfliktparteien verhandelte Friedensregelung des israelisch-palästinensischen Konflikts bündeln und einsetzen. Die EU soll auf beide Seiten einwirken und diese aktiv zu zielführenden Friedensgesprächen bewegen, ihre tatkräftige und großzügige Hilfe für die Friedensverwirklichung anbieten und bei den Vereinten Nationen entsprechende Zusagen erwirken

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Christian Sterzing (KV Südliche Weinstraße)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 55 bis 58:

eine klare Verurteilung und Bekämpfung des Terrors gegen Israel durch die Palästinensische Autonomiebehörde. ~~Der fortdauernde israelische Siedlungsbau und die Siedlergewalt gegen Palästinenser*innen im Westjordanland sind Hürden für den Frieden, und die Unterstützung eines politischen Prozesses, der eine Erneuerung palästinensischer Institutionen und die Schaffung einer demokratisch legitimierten Vertretung des palästinensischen Volkes zum Ziel hat. Notwendig ist ferner der Verzicht der israelischen Regierung auf einen exklusiven Anspruch auch auf die besetzten Gebiete und jeglicher Bestrebungen, die auf eine Annexion der palästinensischen Gebiete abzielen. Wir werden uns für die Stärkung zivilgesellschaftlicher, menschen- und völkerrechtlich orientierter Organisationen auf beiden Seiten und den offenen Dialog mit der Zivilgesellschaft einsetzen. Wir fordern wirksame Maßnahmen gegen den völkerrechtswidrigen Ausbau der Siedlungen, die ansteigende Siedlergewalt und die zunehmenden Vertreibungen von Palästinenser*innen im besetzten Westjordanland.~~ Wir begrüßen die Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen Lage für einen erneuten

weitere Antragsteller*innen

Steffen Hagemann (KV Kaiserslautern); Barbara Unmüßig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Udo Lichtenthäler (KV Landau); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Jochen Aulbach (KV Main-Kinzig); Ingrid Bäuml (KV Cochem-Zell); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Helmut Schwehm (KV Südliche Weinstraße); Thorben Thieme (KV Neuwied); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Walther Moser (KV Freiburg); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Lior Smith (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 56 bis 58 einfügen:

Autonomiebehörde. Der fortdauernde israelische Siedlungsbau und die Siedlergewalt gegen Palästinenser*innen im Westjordanland sind Hürden für den Frieden. Als größte Geldgeberin soll die EU ihre Entwicklungshilfe für die palästinensischen Gebiete neben der humanitären Hilfe an den Aufbau demokratischer Institutionen und demokratischer Bildung knüpfen. Die EU muss den Zugang zu einer demokratischen und hassfreien Bildung für alle Palästinenser*innen sicherstellen und Projekte der Völkerverständigung zwischen Israel, den palästinensischen Gebieten und der umliegenden Nachbarstaaten fördern.

weitere Antragsteller*innen

Martin Schmid (KV Ennepe-Ruhr); Juni Schandl (KV Ortenau); Lena Christin Schwellung (KV Ulm); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Daniel Navon (KV Frankfurt); Finn Schwarz (KV Tübingen); Ali Khademolhosseini (BV Bundesverband); Aaron Leonard Smith (KV Stuttgart); Anna Abbas (KV Gelsenkirchen); Anna Peters (KV Emmendingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Franziska Tell (KV Bremen-Nordost); Katharina Zimmer (KV Stuttgart); Justus Heuer (KV Jena); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Pascal Haggenmüller (KV Karlsruhe-Land); Malte Gallée (KV Bamberg-Stadt); Elly Reich (KV Karlsruhe); Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck); sowie 42 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Horst Schiermeyer (KV Görlitz)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 58 bis 59 einfügen:

Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen Lage für einen erneuten Friedensprozess einzusetzen und schlagen vor, eine neue Initiative auf den Weg zu bringen - möglichst zusammen mit unseren Partnern in der EU und unseren anderen Verbündeten - Palästina als Staat auf der Grundlage der Grenzen von 1967 anzuerkennen, so wie dies schon 138 Mitgliedsstaaten der UN getan haben.

Begründung

Bündnis 90 / Die Grünen haben sich zuletzt auf den BDK in Freiburg 2010 und Kiel 2011 intensiver mit dem Konflikt zwischen Israel und Palästina auseinandergesetzt. Dies stellt die Beschlusslage der Partei dazu dar. In Freiburg wurden nach intensiver Diskussion beschlossen die

"Grundlinien Grüner Nahostpolitik - Für einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina"

zu finden in der „Wolke“ unter:

<https://wolke.netzbegrueung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=undefined&path=%2F2010-11-Freiburg&openfile=28918805>

und in Kiel 2011:

"Jetzt einen Staat Palästina auf den Weg bringen - Palästina in den VN unterstützen",

zu finden in

<https://wolke.netzbegrueung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=undefined&path=%2F2011-11-Kiel&openfile=28918844>

Beides ist noch einfacher zu finden unter:

<https://www.basis-gruen.de/buendnis-90-die-gruenen-bdk-beschluesse/>

In dem Beschluss der BDK in Kiel heißt es:

"BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich grundsätzlich für die Anerkennung eines palästinensischen Staates auf der Grundlage der Grenzen von 1967 und seine Aufnahme in die Vereinten Nationen aus. Die Bundestagsfraktion soll im Bundestag einen Antrag einbringen, der die Bundesregierung auffordert, dem Antrag auf Aufnahme des Staates Palästina im UN-Sicherheitsrat zuzustimmen und sich gleichzeitig für eine einheitliche EU-Position für eine Statuserhöhung der PalästinenserInnen in der UN-Generalversammlung einzusetzen und selbst ein entsprechendes Abstimmungsverhalten anzukündigen. ..."

Die Bundesregierung hatte in der Folge keinem solchen Antrag auf Aufnahme des Staates Palästina im UN-Sicherheitsrat zugestimmt.

Für uns ist die Hamas eine Terror-Organisation, für viele Palästinenser*innen ist sie die einzige politische Kraft, die dem als Besatzungsmacht empfundenen Israel etwas entgegensetzt. Die Hamas ist auch deshalb in der palästinensischen Gesellschaft so stark, weil die PLO nur wenig bzw. nichts an Fortschritten vorzuweisen hat. Eine Initiative der EU oder wichtiger EU-Länder einschließlich Deutschland und am besten natürlich mit den USA dabei, Palästina als Staat anzuerkennen und in die UN aufzunehmen, wird die innerpalästinensischen Gewichte zu Gunsten der PLO als Repräsentanz Palästinas verschieben.

Viele Expert*innen bezweifeln aufgrund der fortschreitenden Ansiedlung von Israelis im Westjordanland, dass eine Zweistaatenlösung noch möglich ist und schlagen deshalb eine binationalen Staat „Israel/Palästina“ vor. Das erscheint aber auch nicht als realistisch, würde dies doch das Ende von Israel als (vorrangigem) Staat der Juden bedeuten. Für die Zweistaatenlösung gab es in der Vergangenheit eine Vielzahl von Vorschlägen, z.B. die https://de.wikipedia.org/wiki/Genfer_Initiative . Möglicherweise werden sich die Siedler entscheiden müssen, ob sie als Minderheit in einem Staat Palästina weiterleben wollen – so wie die arabischen Israelis in Israel – oder ob sie nach Israel umsiedeln. Die Umsetzung der Zweistaatenlösung wird nicht einfach, aber ein anderer Weg zum Frieden zwischen Israel und Palästina und zwischen Israel und seinen Nachbarn und damit zu einem Ende des Terrors zu kommen, ist nicht in Sicht.

weitere Antragsteller*innen

David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Marcus Kossatz (KV Görlitz); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Sandra Smolka (KV Freising); Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Muhammed Emin Ciftci (KV Steinfurt); Angelika Aigner (KV Traunstein); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Aki Kachi (KV Berlin-Mitte); Maria Regina Feckl (KV Erding); Silke Eisfeld (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Ursula Mindermann (KV Warendorf); Cornelia Bartsch (KV Hamburg-Harburg); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Karim Saleh (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 71 bis 72:

Israelis, ihre Wohnungen, Läden und Einrichtungen zeigt. Dieser Antisemitismus zieht sich durch alle Teile unserer Gesellschaft und ist nicht vorrangig ein ~~importiertes Phänomen~~ Phänomen der postmigrantischen Communities.

Begründung

Wir als Grüne sollten uns nicht daran beteiligen das Narrativ eines "importierten Antisemitismus" politisch und medial zu verbreiten. Wir stehen als Partei für eine evidenzbasierte Politik. Fachlich ist der Begriff des "importierten Antisemitismus" unpräzise und problematisch. Wir reden von Menschen, die teilweise seit mehreren Generationen in Deutschland leben - die Redner*innen auf Demos, wie z.B. in Essen, sprachen perfektes Deutsch. Ihr Antisemitismus ist "klassisch" - manchmal angereichert mit religiösen Versatzstücken. Weiterführende Literatur dazu von der BAG RelEx: https://kn-ix.de/publikationen/analyse-7/?doing_wp_cron=1700478056.7353630065917968750000

Der vermeintliche Import dieses Antisemitismus impliziert außerdem die Möglichkeit des "Export" (Abschiebung) der antisemitisch handelnden Personen. Das wird in nur sehr wenigen Fällen möglich sein und ist somit auch keine Lösung für das Phänomen, wie der Antrag es schon selbst sagt.

Die Formulierung "postmigrantische Communities" ist weit genug gefasst, um islamisierten Antisemitismus zu adressieren. Er erfasst aber auch andere Erscheinungsformen von Antisemitismus wie sie in ultranationalistischen und rechtsextremen Kreisen in der Einwanderungsgesellschaft vorkommen.

weitere Antragsteller*innen

Mersad Rekic (KV Stuttgart); Laura Christina Mantilla (KV Freiburg); Canan Balaban (KV Ludwigsburg); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Samy Ateia (KV Regensburg-Stadt); Victoria Otto (KV Karlsruhe); Ana Bolaños (KV Karlsruhe-Land); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Cim Kartal (KV Bielefeld); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Bua Lee (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Miranouk Schleier (KV Bamberg-Stadt); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Sanne Kurz (KV München)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 71 bis 72 einfügen:

Israelis, ihre Wohnungen, Läden und Einrichtungen zeigt. Dieser Antisemitismus zieht sich durch alle Teile unserer Gesellschaft und ist nicht vorrangig ein importiertes Phänomen. Auch Kunst und Kultur sind nicht immun gegen Antisemitismus. Ein Deutschland, in dem jüdische Stimmen verstummen und Israel-Solidarität von Kultur-Akteurinnen und -Akteuren auf einen Widerhall des Hasses und der Ablehnung aus der Kulturwelt trifft, nehmen wir nicht hin. Die Perspektiven jüdischer und israelischer Künstler*innen sind wichtiger Bestandteil unserer vielstimmigen Kultur. Diskriminierung und Boykott von Israelis, Jüdinnen und Juden treten wir daher entschieden entgegen.

Begründung

Die Dokumenta 15 zeigte, dass Antisemitismus in und durch Kunst und Kultur vielfach unreflektiert mitten in unserer Gesellschaft landet. Zum einen haben bereits mehrere jüdische Schriftstellerinnen ihre Social Media Präsenzen aufgegeben, wegen des Hasses, der sie dort traf, zum anderen werden Menschen wie der Leiter der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen, Lars Henrik Gass, mit Hass aus dem Kollegium überzogen, wegen Israel-Solidarität. Kunstfreiheit ist durch einen Boykott israelischer und jüdischer Stimmen ebenso in Gefahr wie durch ein Silencing von Jüdinnen und Juden. Wo vielfach öffentliche Mittel Kunst und Kultur finanzieren ist es unsere Aufgabe, darauf achten, dass hier Kunstfreiheit auch für jüdische und israelische Stimmen gewährt bleibt, und Diskriminierung niemanden vom Diskurs ausschließt.

weitere Antragsteller*innen

Erhard Grundl (KV Straubing-Bogen); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Katrin Lögering (KV Dortmund); Johannes Klein (KV Saarbrücken); Pia Troßbach (KV Frankfurt); Dorothee Richter (KV Berlin-Kreisfrei); Harald Rech (KV Saarbrücken); Benjamin Mey (KV Saarlouis); Marianne Knipping (KV Kassel-Stadt); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Pablo Fuest (KV Emsland); Tomke Appeldorn (KV Leer/Ostfriesland); Sabine Giesa (KV Kassel-Stadt); Anke Biran (KV Saarpfalz); Uwe Josuttis (KV Kassel-Stadt); Notker Schweikhardt (KV Berlin-Kreisfrei); Miriam Block (KV Hamburg-Harburg); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); René Gögge (KV Hamburg-Nord); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Karim Saleh (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 98 bis 101:

kennen und die Verantwortung begreifen, die sich daraus für unser Land ergibt.
Zivilgesellschaftliche Organisationen, die **AufklärungsPräventions-** und Bildungsarbeit gegen Antisemitismus leisten oder Betroffene von antisemitischer Gewalt unterstützen und beraten, müssen gestärkt werden. Wir brauchen islamische Verbände und Vereine, die strukturell, personell und finanziell in Deutschland verwurzelt sind.

Begründung

Präzisierung: Prävention -und Bildungsarbeit werden bereits über verschiedenen Bundesprogramme finanziert. Der Begriff der Prävention ist wichtig, weil Aufklärung und Bildung allein noch keine umfängliche Vorbeugung gegen Antisemitismus oder Formen von Extremismus darstellen.

Beratungsstellen von Betroffenen von antisemitischer Gewalt arbeiten im Moment am Limit. Allein deswegen sollte ihre Arbeit hier erwähnt werden.

weitere Antragsteller*innen

Mersad Rekic (KV Stuttgart); Laura Christina Mantilla (KV Freiburg); Canan Balaban (KV Ludwigsburg); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Samy Ateia (KV Regensburg-Stadt); Maria Viethen (KV Freiburg); Ana Bolaños (KV Karlsruhe-Land); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Cim Kartal (KV Bielefeld); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Miranouk Schleier (KV Bamberg-Stadt); sowie 38 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Karim Saleh (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 99 bis 101:

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen Antisemitismus leisten, müssen gestärkt werden. ~~Wir brauchen islamische Verbände und Vereine, die strukturell, personell und finanziell in Deutschland verwurzelt sind.~~ Islamische Verbände, die strukturell und personell in Deutschland verwurzelt sind, müssen politisch und finanziell unterstützt werden.

Begründung

Es gibt bereits viele Organisationen, wie z. B. die Muslimische Akademie Heidelberg (in Gründung) oder das Muslimische Bildungswerk Bayern, die in Deutschland verankert sind. Das Hauptproblem dieser Organisationen ist die Finanzierung und der fehlende politische Rückhalt. Bisher halten sie sich vor allem mit Projektmitteln über Wasser.

Wenn man wirklich Alternativen zu den türkisch-islamischen Verbänden schaffen möchte, muss man diese Alternativen konsequenterweise auch unterstützen.

Die ursprüngliche Formulierung formuliert nur einen Bedarf oder einen Wunsch. Die geänderte Formulierung bietet eine Lösung an.

weitere Antragsteller*innen

Mersad Rekic (KV Stuttgart); Laura Christina Mantilla (KV Freiburg); Canan Balaban (KV Ludwigsburg); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Samy Ateia (KV Regensburg-Stadt); Maria Viethen (KV Freiburg); Ana Bolaños (KV Karlsruhe-Land); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Cim Kartal (KV Bielefeld); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Miranouk Schleier (KV Bamberg-Stadt); Meike Gerwin (KV Gelsenkirchen); Elena Lorente-Rodriguez (KV Mannheim); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Verena Kölsch (KV Rhein-Sieg)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 100 bis 101:

Antisemitismus leisten, müssen gestärkt werden. Wir brauchen islamische Verbände und Vereine, die welche unsere verfassungsrechtlichen Werte achten und strukturell, personell und finanziell in Deutschland verwurzelt sind.

Begründung

Alleine aus der strukturellen, personellen und finanziellen Verwurzelung in Deutschland ergibt sich nicht per se ein besonderer Vorteil bei der Antisemitismusbekämpfung.

weitere Antragsteller*innen

Christoph Mirbach (KV Rhein-Sieg); Ralf Bleck (KV Rhein-Sieg); Wilfried Böhling (KV Stade); Benjamin Schröder (KV Stade); Thomas Rackow (KV Stade); Tim Friederichs (KV Stade); Marc Treudler (KV Stade); Sebastian Jester (KV Bonn); Eckart Lilienthal (KV Bonn); Christoph Reimers (KV Stade); Karen Ehlers (KV Stade); Michael Lemke (KV Stade); Amalien Meyer (KV Stade); Lea Stölpe (KV Stade); Eva Viehoff (KV Cuxhaven); Konstantin Herzig (KV Bremen-Nordost); Bettina Deutmoser (KV Stade); Cynthia Roggenkamp (KV Rhein-Sieg); Anja Tiedemann (KV Stade); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Christian Sterzing (KV Südliche Weinstraße)

Änderungsantrag zu D-01

Nach Zeile 106 einfügen:

Trauer, Sorgen, Solidarität mit der leidenden Zivilbevölkerung im Gazastreifen müssen auch in unserer demokratischen und vielfältigen Gesellschaft ihren legitimen Ausdruck finden dürfen. Palästinensische und arabische Stimmen unterliegen dabei wie alle Meinungsäußerungen strafrechtlichen Grenzen. Allen Versuchen, die derzeitige Lage für grundlegende Einschränkungen der Versammlungs- und Meinungsfreiheit und anderer Bürgerrechte zu nutzen, stellen wir uns klar entgegen. Wir setzen uns z.B. gegen das Verbot friedlicher Demonstrationen oder Verhaftungen wegen des Zeigens der palästinensischen Flagge ein.

weitere Antragsteller*innen

Steffen Hagemann (KV Kaiserslautern); Barbara Unmüßig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Udo Lichtenthäler (KV Landau); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Jochen Aulbach (KV Main-Kinzig); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Thorben Thieme (KV Neuwed); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Bettina Deutelmöser (KV Stade); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Kristin Kosche (KV Rhein-Lahn); Kerstin Wilde (KV Leipzig); Walther Moser (KV Freiburg); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Christian Sterzing (KV Südliche Weinstraße)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 108 bis 110:

lassen. Wir müssen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und ein sicheres Leben für alle ermöglichen. Demokrat*innen stehen in diesen Zeiten an der Seite Israels, ~~des Friedens und sie~~ kämpfen gegen Hass und Terror, sie setzen sich ein für eine friedliche und gerechte Konfliktregelung und sie fordern ein Ende der humanitären Katastrophe für die palästinensische Zivilbevölkerung.

weitere Antragsteller*innen

Steffen Hagemann (KV Kaiserslautern); Barbara Unmüßig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Udo Lichtenthäler (KV Landau); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Ingrid Bäuml (KV Cochem-Zell); Gerhard Rodrian (KV Südliche Weinstraße); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Helmut Schwehm (KV Südliche Weinstraße); Thorben Thieme (KV Neuwied); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Bettina Deutelmöser (KV Stade); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Kristin Kosche (KV Rhein-Lahn); Kerstin Wilde (KV Leipzig); Walther Moser (KV Freiburg); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Waffenstillstand und Friedensinitiative für Israel und Palästina sind unerlässlich



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu D-03

Von Zeile 1 bis 4:

~~„But as the last twenty years, and even more so the events of this horrific Shabbat, prove, all the military might on the earth will not provide defense and security. A political solution is the only pragmatic thing that is possible — we are obligated to try, and we must begin this work today.“~~

Die Angriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober sind eine Zäsur. Die Hamas-Terroristen haben auf brutale Weise weit über tausend Menschen ermordet und über 240 Geiseln genommen.

BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN verurteilt diesen Terrorakt aufs Schärfste. Wir stehen nach diesen fürchterlichen Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger*innen. Wir trauern mit den Angehörigen der Opfer. Wir zollen allen Respekt, die in diesen schweren Stunden Menschen gerettet, Verwundete und Hinterbliebene betreut haben.

Die besondere Beziehung Deutschlands zu Israel muss vor dem Hintergrund des historischen Zivilisationsbruches, des staatlich organisierten und systematisch durchgeführten Mordes an sechs Millionen Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Deutschland, gesehen werden. Der Staat Israel wurde 1948, drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, gegründet und sein Existenzrecht ist für das Nachkriegsdeutschland deshalb ein wesentlicher Bestandteil der außenpolitischen Orientierung geworden, genauso wie das Diktum „Nie Wieder“, in dem Sinn, dass jüdisches Leben in Deutschland sicher sein muss. Denn dies gilt für unsere grundgesetzlich geschützten Werte, die natürlich für alle in Deutschland lebenden Menschen, unabhängig von ihrer religiösen und weltanschaulichen Orientierung, gelten.

SICHERHEIT VERTEIDIGEN, VÖLKERRECHT BEACHTEN, MENSCHEN SCHÜTZEN

Israel hat wie jeder andere Staat das in Artikel 51 der UN-Gründungscharta völkerrechtlich verbrieftte Recht, sich gegen einen bewaffneten Angriff zu verteidigen, damit die Regierung ihrer Pflicht nachkommen kann, ihre Bürger*innen dauerhaft zu schützen. Dabei müssen die übernommenen Selbstverteidigungsmaßnahmen in Rahmen, Umfang, Dauer und Intensität verhältnismäßig sein.

Unter dem Krieg zwischen Israel und der Hamas leidet vor allem auch die palästinensische Zivilbevölkerung, die völkerrechtswidrig von Wasser, Benzin, Strom, Nachrichtenverbindungen und Nahrungsmitteln sowie von medizinisch notwendigen Medikamenten und Materialien abgeschnitten wird, da die israelische Regierung Gaza abgeriegelt hat und alle Zugänge kontrolliert. Die Behinderung der Lieferung von Trinkwasser, Nahrungsmitteln, Medikamenten und Energie verstößt gegen das internationale Völkerrecht und muss beendet werden. Das Leid der Menschen in Gaza, die unter schwersten Bedingungen der Besatzung leben müssen, macht uns tief betroffen.

Die verschärfte Blockade des Gazastreifens muss beendet werden. Schwerkranke,

Schwerverletzte, ältere Menschen, Neugeborene und traumatisierte Kinder und Jugendliche müssen schnellstmöglich in Krankenhäuser in das benachbarte Ausland überführt werden, weil die medizinische Versorgung in Gaza seit dem israelischen Angriff nicht mehr gewährleistet ist und somit die nächste humanitäre Katastrophe droht.

Wir stehen uneingeschränkt an der Seite der israelischen Bevölkerung. Jedoch stehen wir auch fest an der Seite der Zivilbevölkerung in Palästina. Wir fordern, dass die humanitäre Hilfe die notleidenden Menschen im Gaza-Streifen, die unter einem permanenten Kriegszustand leiden, erreicht. Dort gibt es für die 2.1 Millionen Einwohner*innen, von denen mehr als die Hälfte jünger als 20 Jahre ist, keine sicheren Zufluchtsorte. Dafür sind ein humanitärer Waffenstillstand und sichere Korridore von entscheidender Bedeutung.

Die Hamas und andere extremistische Gruppen müssen sofort alle Geiseln freilassen und umgehend ihre Raketenangriffe einstellen.

Der Terrorangriff der Hamas entbindet Israel nicht, sich an die völkerrechtlichen Regeln auch im Kriegsfall zu halten. Sicherheit muss es auch bedingungslos für die palästinensische Zivilbevölkerung, insbesondere für Frauen und Kinder geben. Angriffe auf Krankenhäuser sind nicht akzeptabel.

Wir fordern die strikte Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch alle Kriegsparteien, in Israel, im Gazastreifen und im Westjordanland.

Wir zollen Respekt den Freiwilligen, Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen, sowie Journalist*innen, die bei ihrer Arbeit vor Ort ihr Leben riskieren. Wir gedenken der zahlreichen unschuldigen Opfer in deren Reihen.

NACH DEM KRIEG

Wir fordern eine UN-koordinierte Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen, an der sich auch die EU beteiligen soll. Dieser kann nur in einem gesicherten und stabilisierten Umfeld stattfinden.

Daher befürworten wir die Prüfung der Entsendung von UN-Friedenstruppen in den Gazastreifen und ins Westjordanland, um in enger Zusammenarbeit mit den palästinensischen Sicherheitsbehörden dauerhaft weitere Terroraktionen zu verhindern. Dazu unterstützen wir die Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dies muss ein intensives Engagement zur Vertrauensbildung zwischen den israelischen und palästinensischen Bewohner*innen umfassen, denn nur durch Respekt und Verbundenheit ist Frieden möglich. Wir unterstützen eine dauerhafte Friedenslösung wie die Zweistaatenregelung auf Grundlage der „Oslo-Abkommen“, der nachfolgenden Abkommen und Vereinbarungen und der entsprechenden

UN-Resolutionen.

Diese Friedensinitiative muss gegen alle extremistischen Gruppierungen auf beiden Seiten durchgesetzt werden. Dabei sind wir offen für alternative Friedenslösungen. In jedem Fall muss dauerhaft gewährleistet sein, dass Israelis und Palästinenser*innen als gleichberechtigte Bürger*innen in gesicherter Rechtsstaatlichkeit leben können. Wir sehen hier die deutsche Regierung in der Pflicht, initiativ zu werden.

Wir verurteilen die Besatzungspolitik der israelischen Regierung, welche die fortwährende rechtswidrige Landnahme durch jüdische Siedler*innen unterstützt. Ebenso verurteilen wir die gewalttätigen Übergriffe der Rechtsextremen und der radikalen Siedler*innen im Westjordanland. Diese Gewalt nimmt täglich mit zahlreichen Toten und Verletzten zu. Wir fordern die amtierende Regierung Israels auf, diese Gewalttaten umgehend zu unterbinden und juristisch zu verfolgen, dazu gehören auch die dokumentierten Übergriffe des israelischen Militärs.

Wir begrüßen die Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen Lage für einen erneuten Friedensprozess einzusetzen.

Wir unterstützen den UN-Generalsekretär, der zur Lösung des Konfliktes dazu aufruft, sich mit dessen Ursachen kritisch und aus verschiedenen Perspektiven auseinanderzusetzen.

GEFAHR EINES FLÄCHENBRANDES MUSS EINGEGRENZT WERDEN

Wir unterstützen unsere Außenministerin in ihrem Bestreben auf die Regionalmächte und Milizen wie Hisbollah, die Huthi-Rebellen und andere regionale Extremisten, in den israelisch-palästinensischen Konflikt nicht militärisch einzugreifen und stattdessen auf eine Deeskalation hinzuwirken.

Ohne wirksame Friedensinitiativen droht eine Ausweitung des Konflikts mit Beteiligung des Iran und seiner Bündnispartner zu einem unkontrollierbaren Flächenbrand bis hin zum Einsatz von Atomwaffen und zu Angriffen auf Atomanlagen.

WIR BEKÄMPFEN DEN ANTISEMITISMUS IN DEUTSCHLAND

Der Krieg hat Auswirkungen weit über Nahost hinaus. Aktuell gibt es eine erhöhte Gefahrenlage für Jüdinnen und Juden und Israelis auf der ganzen Welt. Gleichzeitig werden Muslime und muslimische Einrichtungen angegriffen, weil sie unter Generalverdacht gestellt werden, sich antisemitisch zu verhalten. Antisemitismus in Deutschland ist vor allem dem rechten Lager zuzuschreiben. Wir verurteilen auf das Schärfste antijüdische Äußerungen und Übergriffe. Tätliche wie verbale Angriffe auf jüdische Einrichtungen in Deutschland und auf alle hier lebenden Jüdinnen und Juden sind völlig inakzeptabel.

Dies gilt ebenfalls für das vielfältige muslimisch geprägte Leben in Deutschland, das ein Teil dieser offenen Gesellschaft ist. Wir treten Antisemitismus, insbesondere der Gewalt gegen jüdische Menschen und Institutionen in Deutschland entschieden entgegen. Israelis müssen frei und sicher in Deutschland leben können – ohne die Angst, ihre Religion und Identität sichtbar zu machen. Kundgebungen, auf denen die Hamas verherrlicht und gefeiert wird, verstoßen gegen gültiges Recht und sind nicht duldbar. Wer aber meint, das Problem des Antisemitismus ließe sich einfach durch mehr Abschiebungen lösen, hat das Problem „Antisemitismus“ nicht verstanden. Wir brauchen Informationen, Aufklärung und Bildung gegen Antisemitismus. Die staatlichen Geldmittel und Förderprogramme dazu müssen stark erhöht werden.

Dabei achten wir darauf, die Pluralität jüdischer Stimmen anzuerkennen und wertzuschätzen. Das Demonstrationsrecht der hier lebenden Palästinenser*innen sowie das Recht auf Demonstration und Solidarisierung mit der Zivilbevölkerung in den palästinensischen Gebieten muss selbstverständlich gewährleistet sein. In Deutschland leben zahlreiche Menschen mit familiären, freundschaftlichen und emotionalen Verbindungen in die palästinensischen Gebiete und die gesamte Region. Ihre Sorge um die Menschen im Gaza-Streifen und der ganzen Region, ihre Trauer um die zivilen Opfer gehören zu unserem Land. Gewaltfreie politische Äußerungen, die Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung beinhalten, gehören zur Ausübung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die für jede Demokratie grundlegend sind.

Wir stellen uns entschieden gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Wir stehen immer an die Seite aller von Gewalt und Diskriminierung Betroffenen.

Der Text ersetzt alle weiteren folgenden Absätze.

Begründung

Aktualisierung aufgrund des Einmarsches in Gaza und der Folgeereignisse.

weitere Antragsteller*innen

Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Bettina Deutmoser (KV Stade); Maria Regina Feckl (KV Erding); Waltraud Waidelich (KV Plön); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Martin Pilgram (KV Starnberg); Kerstin Wilde (KV Leipzig); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Arne Winkelmann (KV Wittmund); Xenia Kellner (KV Hannover); Franz Florian Krause (KV Hamburg-Altona); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Sümeyye Dogan (KV Hamburg-Bergedorf); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Henning Singer (KV Südliche Weinstraße); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: BVerfG-Urteil ernst nehmen – Schuldenbremse reformieren



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Änderungsantrag zu D-05

Von Zeile 1 bis 5:

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum zweiten Nachtragshaushalt 2021 des Bundes nehmen wir sehr ernst und respektieren sie vollumfänglich. ~~Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Bundesregierung die Folgen des Urteils unverzüglich geprüft und mit der Löschung von Kreditermächtigungen im Klima- und Transformationsfonds in Höhe von 60 Mrd. Euro die ersten nötigen Konsequenzen gezogen hat.~~ Mit der Löschung der Kreditermächtigungen im Klima- und Transformationsfonds von 60 Mrd. Euro und der seit dem 21. November in Kraft getretenen Haushaltssperre sind bereits die ersten Auswirkungen auf die Politik der Bundesregierung sichtbar. Schon jetzt ist klar, dass die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit dadurch eher schwerer als leichter geworden ist.

Begründung

Wir sollten die Folgen der BVerfG-Entscheidung nicht begrüßen. Diese sind zwar rechtlich notwendig (was wir respektieren), machen die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit aber eher schwerer als leichter.

weitere Antragsteller*innen

Albert Wenzel (KV Münster); Judith Petersen (KV Münster); Nicolai Krybus (KV Münster); Steffen Dennert (KV Münster); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Simon Haack (KV Münster); Robin Korte (KV Münster); Ilka Sander-Maas (KV Münster); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Ali Saker (KV Münster); Maximilian Brinkmann-Brand (KV Münster); Oliver Koch (KV Münster); Hanna Hüwe (KV Coesfeld); Peter Umlauf (KV Münster); Martin Kesztyüs (KV Hamm); Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Thea Sieverding (KV Münster); Jan Wiemers (KV Münster); Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 42 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: BVerfG-Urteil ernst nehmen – Schuldenbremse reformieren



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Änderungsantrag zu D-05

Von Zeile 6 bis 11:

~~Wir erkennen an, dass sich die geringen Spielräume innerhalb der Schuldenbremse durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts weiter verengen. Kurzfristig muss daher sorgfältig abgewogen werden, wie die notwendigen Investitionen in Wohlstand und Klimaschutz mit der in der Verfassung festgeschriebenen Schuldenbremse in Einklang gebracht werden können. Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist nun klar: Kurzfristig braucht es eine Priorisierung der Ausgaben, damit die dringendsten Investitionen in Gesellschaft, Wirtschaft und Klimaschutz nicht infrage gestellt werden müssen.~~

Begründung

Nicht BVerfG-Urteil selbst engt Spielräume innerhalb der Schuldenbremse ein, sondern nach diesem ist klar, dass es kurzfristig eine Priorisierung von Ausgaben braucht, damit die dringendsten Investitionen in Gesellschaft, Wirtschaft und Klimaschutz nicht infrage gestellt werden müssen.

weitere Antragsteller*innen

Albert Wenzel (KV Münster); Judith Petersen (KV Münster); Nicolai Krybus (KV Münster); Ilka Sander-Maas (KV Münster); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Ali Saker (KV Münster); Oliver Koch (KV Münster); Hanna Hüwe (KV Coesfeld); Peter Umlauf (KV Münster); Martin Kesztyüs (KV Hamm); Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg); Lukas Mielczarek (KV Düsseldorf); Heiko Schaller (KV Berlin-Lichtenberg); Julia Burkhardt (KV Jena); Anne Kathrin Herbermann (KV Münster); Floris Rudolph (KV Köln); Marie Diekmann (KV Münster); Sonja Völker (KV Münster); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: BVerfG-Urteil ernst nehmen – Schuldenbremse reformieren



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Änderungsantrag zu D-05

Von Zeile 12 bis 14:

~~**Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts birgt aber auch eine Chance, die Schuldenbremse so zu reformieren, dass sie zukunftsfähig, rechtssicher und praktikabel angewendet werden kann.**~~

Klar ist aber auch: Wenn wir die vor uns stehenden Herausforderungen meistern wollen, dann braucht es jetzt eine Reform der Schuldenbremse.

Begründung

Die BVerfG-Entscheidung sollten wir zwar zum Anlass für eine Reform der Schuldenbremse nutzen, eine Chance ist sie allerdings nicht. Vielmehr zeigt sie, dass jetzt eine Reform der Schuldenbremse dringend nötig ist.

weitere Antragsteller*innen

Albert Wenzel (KV Münster); Judith Petersen (KV Münster); Nicolai Krybus (KV Münster); Steffen Dennert (KV Münster); Cim Kartal (KV Bielefeld); Simon Haack (KV Münster); Ilka Sander-Maas (KV Münster); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Ali Saker (KV Münster); Oliver Koch (KV Münster); Hanna Hüwe (KV Coesfeld); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Peter Umlauf (KV Münster); Martin Kesztyüs (KV Hamm); Thea Sieverding (KV Münster); Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jan Wiemers (KV Münster); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: BVerfG-Urteil ernst nehmen – Schuldenbremse reformieren



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Änderungsantrag zu D-05

Von Zeile 15 bis 20:

So wie die Schuldenbremse aktuell in der Verfassung verankert ist, wirkt sie ~~aus-der-Zeit gefallen-und~~ wie eine „Fortschrittsbremse“. Es braucht schon heute massive Investitionen, um das Klima zu schützen~~[Leerzeichen]~~, unsere Infrastruktur zu stärken, eine weitergehende soziale Spaltung in Deutschland zu verhindern und unseren Wohlstand zu sichern. Investitionen, die heute ausbleiben, können uns in Zukunft ein vielfaches kosten. In einem anderen Urteil hat das Bundesverfassungsgericht 2021 entschieden, dass jüngere Generationen durch konsequenten Klimaschutz in ihren Freiheitsrechten geschützt werden müssen. ~~Auch diesem~~ Dieses Urteil wollen wir weiter Rechnung tragen hat nicht weniger Gewicht als das jüngste Urteil zur Schuldenbremse.

Begründung

Betonen, dass die Schuldenbremse derzeit eine Fortschrittsbremse ist. Hinweis, dass es die Investitionen auch in unsere Infrastruktur und im sozialen Bereich braucht. Ergänzung, dass Investitionen, die heute Ausbleiben, Schulden in der Zukunft sind. Hinweis darauf, dass das Klimaurteil nicht weniger wert ist als das Urteil zur Schuldenbremse.

weitere Antragsteller*innen

Albert Wenzel (KV Münster); Judith Petersen (KV Münster); Nicolai Krybus (KV Münster); Steffen Dennert (KV Münster); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Cim Kartal (KV Bielefeld); Simon Haack (KV Münster); Orkun Şensebat (KV Aachen); Ilka Sander-Maas (KV Münster); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Ali Saker (KV Münster); Oliver Koch (KV Münster); Hanna Hüwe (KV Coesfeld); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Peter Umlauf (KV Münster); Martin Kesztyüs (KV Hamm); Thea Sieverding (KV Münster); Jan Wiemers (KV Münster); Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); sowie 37 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: BVerfG-Urteil ernst nehmen – Schuldenbremse reformieren



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Albert Wenzel (KV Münster)

Änderungsantrag zu D-05

Von Zeile 24 bis 26:

Bundesverfassungsgericht strenge Anforderungen an die „Jährlichkeit“ und „Jährigkeit“ von solchen Sonderfonds formuliert. ~~Daraus folgt: Sondervermögen sollten nicht zum Regelfall werden, sondern können nur für ein bestimmtes Haushaltsjahr aufgesetzt und verwendet werden.~~ Dies stellt alle Sondervermögen des Bundes in Frage. Gleichzeitig hat die Einrichtung von jahresübergreifenden Budgets durchaus ihren Sinn, zum Beispiel bei den Mitteln für den Wiederaufbau nach der Ahrtal-Katastrophe. Hier muss zeitnah eine Lösung gefunden werden. Auch die Möglichkeiten Investitionen in Beteiligungen und Sondervermögen außerhalb der Schuldenbremse kreditzufinanzieren sollten genutzt werden.

Begründung

Die Entscheidung des BVerfG zur Jährigkeit stellt die Haushaltspolitik vor relevante Herausforderungen und entspricht wohl kaum dem Willen der Erfinder*innen der Schuldenbremse. Wenn eine Naturkatastrophe (explizite Ausnahme im Grundgesetz) eine Ausnahme von der Schuldenbremse auslöst, dann wird es in den meisten Fällen nicht möglich sein, den Wiederaufbau im laufenden Haushaltjahr abzuwickeln. Gleichzeitig ist es wichtig, den Menschen in Not eine Sicherheit für die Mittel geben zu können. Hier muss eine Lösung gefunden werden, für solche Fälle Vorratsbeschlüsse für eine Ausnahme weiterhin zu ermöglichen. Eine Möglichkeit, die jetzt auftretende Finanzknappheit zu lösen, besteht darin Finanzmittel in Sondervermögen außerhalb der Schuldenbremse zu verlagern. Das ist nicht die reine Lehre, allerdings im Einzelfall (z.B. bei der Bahn) durchaus sinnvoll und kann ein pragmatischer Ausweg sein. Vor diesem Hintergrund sollten wir uns nicht dem allgemeinen medialen Bashing von Sondervermögen anschließen.

weitere Antragsteller*innen

Fabian Müller (KV Münster); Judith Petersen (KV Münster); Nicolai Krybus (KV Münster); Steffen Dennert (KV Münster); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Cim Kartal (KV Bielefeld); Simon Haack (KV Münster); Robin Korte (KV Münster); Ilka Sander-Maas (KV Münster); Jan Wiemers (KV Münster); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Ali Saker (KV Münster); Maximilian Brinkmann-Brand (KV Münster); Oliver Koch (KV Münster); Hanna Hüwe (KV Coesfeld); Peter Umlauf (KV Münster); Martin Kesztyüs (KV Hamm); Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Thea Sieverding (KV Münster); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: BVerfG-Urteil ernst nehmen – Schuldenbremse reformieren



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Albert Wenzel (KV Münster)

Änderungsantrag zu D-05

Von Zeile 44 bis 45 einfügen:

Föderalismuskommission aus Bund und Ländern sein, die in Zusammenarbeit mit Expert*innen konkretere Reformoptionen erarbeiten kann. Diese Förderalismuskommission sollte auch die Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Kommunen insgesamt in den Blick nehmen. Es ist Zeit diese neu zu ordnen und eine bessere Finanzierung der Kommunen sicherzustellen, denn sie sind essenziell für die Finanzierung unserer Infrastruktur.

Begründung

Die offensichtliche Unterfinanzierung von Kommunen sollte bei einer solchen Kommission nicht ausgespart werden.

weitere Antragsteller*innen

Fabian Müller (KV Münster); Judith Petersen (KV Münster); Nicolai Krybus (KV Münster); Ilka Sander-Maas (KV Münster); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Cim Kartal (KV Bielefeld); Simon Haack (KV Münster); Robin Korte (KV Münster); Tobias Rödel (KV Hagen); Robin Conrad (KV Recklinghausen); Hedwig Tärner (KV Warendorf); Marion Manske (KV Mönchengladbach); Jan Wiemers (KV Münster); Rüdiger Selbmann (KV Mönchengladbach); Tim Achtermeyer (KV Bonn); Marcel Gießwein (KV Ennepe-Ruhr); Andreas Wigan (KV Mönchengladbach); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Jonas Gesthuysen (KV Mönchengladbach); sowie 85 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Vorschlag zur Tagesordnung



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Kreisverband Cloppenburg
Beschlussdatum: 14.09.2023

Titel

Ändern in:

Aufnahme des TOP 5 "Satzungsänderung" in die Tagesordnung

Änderungsantrag zu TO-01

In Zeile 9 einfügen:

TOP 5 Satzungsänderung

TOP 6 Wahl Bundesschiedsgericht [Anmerkung: die Nummerierung der folgenden TOPs ist anzupassen]

Begründung

Der Kreisverband Cloppenburg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Aufnahme des TOP 5 "Satzungsänderung" in die Tagesordnung, um – wie von der Kreismitgliederversammlung beschlossen – folgenden Antrag zu stellen:

„In § 14 Absatz 7 unserer Satzung wird als Satz 1 eingefügt:

Die Bundesgeschäftsführung übernimmt die Aufgabe, im Rahmen der regelmäßigen Verteiler der Partei die Mitglieder über Anträge nach (6) Punkt 4 und 5 zu informieren.“

Begründung:

Nach § 14 Absatz 6 unserer Satzung ist eine außerordentliche Bundesversammlung u.a. einzuberufen, wenn ein Zehntel der Mitglieder der Bundespartei oder ein Zehntel der

Kreisverbände diese beantragt. Ein entsprechender Antrag müsste demnach aktuell von 42 Kreisverbänden oder 12.574 Mitgliedern unterstützt werden.

Der KV Cloppenburg hat im April 2023 angesichts der unbefriedigenden Ergebnisse des Koalitionsausschusses einen solchen Antrag gestellt (<https://gruenlink.de/2p72>). Der Bundesverband hat ihn als satzungskonform anerkannt und im Grünen Netz freigeschaltet. Dort konnten Kreisverbände einen zustimmenden KMV-Beschluss hochladen und Mitglieder einen zweiten, gleichlautenden Antrag unterstützen.

Die für einen erfolgreichen Antrag erforderlichen Quoren wurden deutlich verfehlt. Die Ursachen sind sicher vielfältig. Ein entscheidender Grund: Unkenntnis über den Antrag.

Da uns die Bundesgeschäftsstelle aus Datenschutzgründen weder die E-Mail-Adressen der Mitglieder zur Verfügung stellte, noch die Mitglieder (und KV) selbst informierte, haben wir KV- und OV-Adressen auf Webseiten zusammengesucht – mit sehr eingeschränktem Erfolg. So konnten wir nur einen kleinen Teil der KV/OV über unseren Antrag informieren. Die einzelnen Mitglieder konnten wir nicht erreichen.

Wir haben aus mehreren Kreisverbänden erfahren, dass Geschäftsführungen und/oder Vorstände ihren Mitgliedern den Antrag nicht zur Kenntnis brachten. Insofern fand eine Debatte über unseren Antrag in den meisten KV nicht statt. Und die Mitglieder hatten aus Unkenntnis keine Möglichkeit, eine KMV zum Antrag einzufordern.

In unserem Grundsatzprogramm steht in der Präambel: "... unsere basisdemokratische Partei öffnet Zugänge." Das sollte die Richtschnur für unser Handeln sein. Daher sind wir der Ansicht, dass die Parteigliederungen und Mitglieder über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Bundesversammlung grundsätzlich informiert werden sollten. Denn nur dann können sie ihre Rechte aus der Satzung auch in Anspruch nehmen. Eine vergleichbare Informationspflicht besteht übrigens auch bei Urabstimmungsinitiativen der Bundessatzung (vergl. § 28, 6).

Eine Satzungsbestimmung, die zwar die Einberufung einer BDK durch ein Quorum von Mitgliedern bzw. Kreisverbänden vorsieht, in der Praxis aber nicht angewendet werden kann, ist überflüssig.

Mit unserem Antrag möchten wir erreichen, dass die demokratischen Beteiligungsrechte der Kreisverbände und Mitglieder im Falle eines Antrags nach § 14 Absatz 6 unserer Satzung (Einberufung einer Bundesversammlung) auch tatsächlich wahrgenommen werden können.

Anne Rameil

Kreisvorsitzende

Marius Meyer

Kreisvorsitzender

Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung in Cloppenburg am 14. 9. 2023

(Abstimmungsergebnis: 20 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)

Vorschlag zur Tagesordnung



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Martin Kesztyues (KV Hamm)

Änderungsantrag zu TO-01

In Zeile 5 einfügen:

TOP 3 Aussprache über GEAS, Krisenverordnung und unsere Position als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

TOP 4 Aus Verantwortung für die Menschen (Debatte ohne Beschlussfassung) **die** Nummerierung wird angepasst

Begründung

Ich beantrage folgenden Punkt auf die Tagesordnung vom Donnerstag nach der politischen Rede und vor "Aus Verantwortung für die Menschen (Debatte ohne Beschlussfassung)" zu nehmen: Aussprache über GEAS, Krisenverordnung und unsere Position als Bündnis 90 / Die Grünen zur Asylpolitik.

Begründung:

Ich halte einen Antrag auf Änderung der Tagesordnung dahingehend für nötig, dass es einen Tagesordnungspunkt zu GEAS, Krisenverordnung und unserer Position als Partei zur Asylpolitik gibt. Ich finde es höchst dringlich darüber einmal zu sprechen. Wir als Bündnis 90 / Die Grünen müssen uns als Partei eine Meinung zur Asylpolitik bilden oder ggf. bestärken. Viele Organisationen und Menschen wenden sich ab von uns, weil wir sie mit unserer Politik enttäuschen. Ganz abgesehen von denjenigen in unseren eigenen Reihen, die über dasselbe nachdenken. Es ist höchste Zeit sich darüber auszusprechen, ohne Anklage aber mit Ehrlichkeit. Wir sind die einzige ernstzunehmende Partei, die sich noch ernsthaft um das Thema Flucht und Asyl kümmert. Daher obliegt uns eine Pflicht uns intern klar über unsere Position zu sein, um gestärkt mit dieser nach außen treten zu können. Viele sind verunsichert, wofür denn Bündnis 90 / Die Grünen in dem Kontext stehen. Das gilt es zu beenden. Ich finde, dass wir uns dringend klar positionieren müssen. Auch um sprechbar gegen die rechte Hetze zu werden, deren Rednerinnen und Redner in der Thematik durchzumarschieren drohen.

weitere Antragsteller*innen

Sabine Yündem (KV Remscheid); Siedi Serag (KV Mettmann); Anne Jebbari (KV Wuppertal);)Emelie Segler (KV Minden-Lübbecke); Matthis Arndt (KV Hamm); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Selma Schwarzer (KV Wesel); Meike Gerwin (KV Gelsenkirchen); Carlos Echegoyen (KV Bonn); Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); Fabian Müller (KV Münster); Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Simon Haack (KV Münster); Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte); Fiona Macdonald (KV Berlin-Mitte); Michèle Doré (KV Hamm); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Denise Frings (KV Wuppertal); sowie 52 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Vorschlag zur Tagesordnung



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Birgitta Tremel (KV Schwerin)

Änderungsantrag zu TO-01

In Zeile 6 einfügen:

TOP 4 Haushalt und Finanzen

TOP 5 Beschluss über den Antrag des KV Schwerin zur Verkehrswende/Einhaltung der
Sektorziele im Klimaschutzgesetz

Begründung

Wir haben im Frühjahr/Sommer 2023 darauf verzichtet, eine Sonder-BDK zur Bundespolitik zu beantragen, weil die reguläre BDK ja schon im November stattfindet.

Das ergibt nur dann Sinn, wenn auch Anträge zur Bundespolitik auf der Tagesordnung zugelassen werden.

Folgender Antrag soll durch Änderung der Tagesordnung auf der BDK behandelt werden: <https://antraege.gruene.de/49bdk/appell-an-kabinett-verkehrswende-jetzt-1982/pdf>

weitere Antragsteller*innen

Ulrike Bues (KV Pinneberg); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Hans Aust (KV Aachen); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Bettina Deutelmöser (KV Stade); Anne Rameil (KV Cloppenburg); Ulf Dunkel (KV Cloppenburg); Heinz-Hermann Thelken (KV Cloppenburg); Marius Meyer (KV Cloppenburg); Hannes Coners (KV Cloppenburg); Katja Thieke (KV Cloppenburg); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Eleonore Grabowski (KV Wesel); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Christian Jegensdorf (KV Cloppenburg); Andreas Herzog (Hannover RV); Andre Turiaux (KV München-Land); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Vorschlag zur Tagesordnung



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Jörg Witzel (KV Hochtaunus)

Änderungsantrag zu TO-01

In Zeile 15 einfügen:

TOP 8

Anmerkung: Das Antragssystem lässt keine Änderungen an mehreren Tagesordnungspunkten zu. Deshalb hier die geänderte Tagesordnung ab TOP 8

TOP 8 Das 1,5 Grad Limit ist nicht mehr einzuhalten. Was müssen wir tun?

(Anmerkung: Unter TOP 8 ist insbesondere der Antrag Appell an Kabinett – Verkehrswende jetzt!

<https://antraege.gruene.de/49bdk/Appell-an-Kabinett-Verkehrswende-jetzt-1982>

und die evtl. dazugehörigen Änderungsanträge zu diskutieren)

TOP 9 Wahl Parteirat

Sonntag, 26.11.2023:

Beginn 09:30 Uhr

TOP 10 Europawahlprogramm

TOP 11 Votesvergabe: Grüne europäische Spitzenkandidat*in

TOP 10 Fortsetzung Europawahlprogramm

Ende gegen 15 Uhr

Begründung

Die Menschheit hat je nach Berechnungsgrundlage noch zwischen 3 und knapp 6 Jahren das CO₂-Budget für das 1,5 Grad Limit einzuhalten. Deutschland hat sich international dazu verpflichtet seinen Teil dazu beizutragen. Dieses Limit ist nicht mehr einzuhalten und das sollte offen ausgesprochen werden.

Es geht jetzt darum so viele Kipppunkte im Klima, wie irgend möglich zu verhindern und sich an die Auswirkungen anzupassen (siehe Frankreich)

Die aktuelle Politik der Bundesregierung steht diesem Ziel diametral entgegen. Deshalb ist neben den notwendigen Formalien die Diskusison über dieses Ziel der wichtigste Punkt für einen Bundesparteitag der Grünen.

Im Vergleich dazu ist das Europawahlprogramm, welches ja schon in einem ordentlichen Programmverfahren erarbeitet wurde von minderer Bedeutung. Die dort formulierten Ziele wird kaum jemand lesen und Sie haben auch kaum eine Bedeutung für die tatsächliche Politik in Europa. Es reicht vollkommen ein sauberes Europawahlprogramm zu beschließen.

Ggf. kann die Antragskommission ja noch eine Abstimmung zur Priorisierung der Änderungsanträge zum Europawahlprogramm durchführen oder die verschiedenen Anträge auf Änderung einer Formulierung oder eines Wortes hier und da einfach zusammenfassen. Das geplante Ende gegen 15 Uhr lässt auch genug Spielraum ggf. etwas länger zu tagen.

weitere Antragsteller*innen

Andreas Herzog (Hannover RV); Birgitta Tremel (KV Schwerin); Eleonore Grabowski (KV Wesel); Wolfram Kriesing (KV München); Andre Turiaux (KV München-Land); Marius Meyer (KV Cloppenburg); Michael Jäger (KV Cloppenburg); Martina Reichel-Hoffmann (KV Cloppenburg); Ulf Dunkel (KV Cloppenburg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); Karl Hertkorn (KV Sigmaringen); Marcus Kossatz (KV Görlitz); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Irene Latz (KV Berlin-Kreisfrei); Jutta Witzel (KV Hochtaunus); Philipp Schmagold (KV Plön); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Vorschlag zur Tagesordnung



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Änderungsantrag zu TO-01

In Zeile 1 einfügen:

Donnerstag, 23.11.2023:

Beginn 17:00 Uhr

TOP 1 Tagesordnung und Formalia

TOP 2 Politische Rede

TOP 3 Aus Verantwortung für die Menschen (Debatte ohne Beschlussfassung)

TOP 4 Haushalt und Finanzen

Freitag, 24.11.2023:

Beginn 09:30 Uhr

TOP 5 Eigenständige Anträge (1 Antrag)

TOP 6 Wahl Bundesschiedsgericht

TOP 7 Wahl Bundesvorstand

TOP 8 Wahl der Europaliste

Samstag, 25.11.2023:

Beginn 09:30 Uhr

TOP 5 Eigenständige Anträge (1 Antrag)

TOP 8 Fortsetzung Wahl der Europaliste

TOP 9 Europawahlprogramm

TOP 10 Wahl Parteirat

Sonntag, 26.11.2023:

Beginn 09:30 Uhr

TOP 5 Eigenständige Anträge (1 Antrag)

TOP 9 Fortsetzung Europawahlprogramm

TOP 11 Votenvergabe: Grüne europäische Spitzenkandidat*in

TOP 9 Fortsetzung Europawahlprogramm

Ende gegen 15 Uhr

Verbundener GO-Antrag:

Wird der TOP Eigenständige Anträge in die Tagesordnung aufgenommen, wird durch die Delegierten bis zum Ende der Beratungen am Donnerstag ein Ranking der Anträge vorgenommen. Die drei am höchsten gerankten Anträge gelten als in die Tagesordnung aufgenommen. Sie werden in der Reihenfolge behandelt, wie auf sie Stimmen entfielen.

Donnerstag, 23.11.2023:

Begründung

Als basisdemokratische Partei ist die Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) der Ort der politischen Willensbildung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das bedeutet für uns, nicht nur über die politische Lage und unsere Positionen zu debattieren, sondern auch darüber zu beschließen.

Dabei ist uns bewusst: Wir Grüne tragen Verantwortung. Im Bund, in vielen Ländern und in den Kommunen. Verantwortung bedeutet immer auch Kompromiss und Kompromiss immer auch Zumutung. Das gilt umso mehr, je herausfordernder die Zeiten sind – jetzt gerade sind sie sehr herausfordernd.

Gerade dann ist es aber besonders wichtig, die eigene Arbeit zu reflektieren. Gemeinsam gilt es, gefundene Kompromisse kritisch zu bewerten und zu hinterfragen. Gemeinsam gilt es zu entscheiden, wo wir derzeit in die richtige Richtung steuern, wo wir Erfolge erzielt haben, wo Niederlagen eingesteckt werden mussten und wo nicht. Diese selbstkritische und offene Debatte mit anschließender Entscheidung gehört zur DNA unserer Partei und sie unterscheidet uns von politischen Mitbewerber*innen. Sie stärkt und eint uns politisch.

Was der Debatte und Entscheidung bedarf, kristallisiert sich häufig an den eigenständigen Anträgen und den Änderungsanträgen zu einem Leitantrag zur politischen Lage. Dieser Tagesordnungsentwurf sieht beides nicht vor.

Wir verstehen die Überlegungen, die den Bundesvorstand zu diesem Vorschlag bewogen haben. Viele der planmäßigen Entscheidungen, die die Tagesordnung vorsieht, gehören zum politischen und rechtlichen Pflichtprogramm einer politischen Partei. Dass allein dadurch der Zeitplan bereits sehr eng ist, verstehen wir zwar.

Gleichwohl sehen wir auch, dass die aktuelle politische Lage auch einer politischen Bewertung durch die Partei bedarf. Deswegen schlagen wir als Kompromiss vor, zu Beginn jedes Tages je einen eigenständigen Antrag zu behandeln. Welche Anträge das sind, sollen Delegierte im bei vergangenen Bundesdelegiertenkonferenzen bewährten Verfahren des Rankings entscheiden. Dieses Ranking läuft bis zum Ende der Beratungen am Donnerstag, anschließend wird dort das Ergebnis verkündet.

Dieses Verfahren ist geprägt von Kompromissen und erfordert selbst wieder Kompromisse, damit die BDK das, was sie sich vorgenommen hat, auch beraten kann. Mit gutem Willen bei den Delegierten und Disziplin bei den Redezeiten – die nicht immer ausgeschöpft werden müssen – halten wir es jedoch für möglich, die mit diesem Antrag verbundene ambitionierte Tagesordnung erfolgreich zu behandeln.

Erstunterzeichnende Kreisvorstände: Berlin Friedrichshain-Kreuzberg, Bielefeld, Coesfeld, Gelsenkirchen, Leverkusen, Münster, Pinneberg, Recklinghausen, Wesel.

(**Technischer Hinweis:** Technisch erlaubt Antragsgrün lediglich die Antragstellung zu einem einzelnen Absatz. Der Änderungsantrag will jedem Freitag, Samstag und Sonntag ja TOP 5 Eigenständige Anträge hinzufügen und die übrige Nummerierung entsprechend ändern.)

Anmerkung Antragskommission: Dieser Änderungsantrag bezieht sich auf folgende Anträge:

- <https://antraege.gruene.de/49bdk/handlungsfahigkeit-der-kommunen-durch-auskommliche-finanzierung-und-al-25356/pdf>
- <https://antraege.gruene.de/49bdk/wahre-kosten-von-lebensmitteln-umbesteuerung-und-abgaben-orientiert-26182/pdf>

- <https://antraege.gruene.de/49bdk/fur-eine-menschenwuerdige-asylpolitik-49476/pdf>
- <https://antraege.gruene.de/49bdk/substantielles-klimageld-bereits-anfang-2024-einfuehren-4787/pdf>
- <https://antraege.gruene.de/49bdk/deutschlandticket-als-jobticket-fur-gruene-gliederungen-43813/pdf>
- <https://antraege.gruene.de/49bdk/mercotur-fur-ein-faires-okologisches-und-postkoloniales-abkommen-4394/pdf>
- <https://antraege.gruene.de/49bdk/appell-an-kabinett-verkehrswende-jetzt-1982/pdf>

weitere Antragsteller*innen

Ali Saker (KV Münster); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Jule Dahlhaus (KV Münster); Meike Gerwin (KV Gelsenkirchen); Hanna Hüwe (KV Coesfeld); Nicolai Krybus (KV Münster); Kathrin Brochtrup (KV Coesfeld); Frank Alichmann (KV Coesfeld); Albert Wenzel (KV Münster); Dominic Brauner (KV Münster); Noah Rothe (KV Münster); Joanna Delicaris (KV Münster); Friedrich Bachmair (KV Münster); Hendrik Osthues (KV Coesfeld); Ruben Grimm (KV Münster); Christoph Heger (KV Coesfeld); Sonja Völker (KV Münster); Svenja Bloom (KV Münster); Thilo Pohl (KV Hamm); sowie 316 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Vorschlag zur Tagesordnung



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Arne Babenhauserheide (KV Karlsruhe-Land)

Änderungsantrag zu TO-01

In Zeile 5 einfügen:

TOP 3 Aus Verantwortung für die Menschen (Debatte ohne Beschlussfassung)

TOP 3.1 Verschiedenes

Begründung

Bei Beschlussfassung soll der Antrag <https://antraege.gruene.de/49bdk/Substantielles-Klimageld-bereits-anfang-2024-einfuehren-4787> im TOP V behandelt werden.

Laut dem Antrags-FAQ¹ werden Anträge zu Themen, die nicht auf der Tagesordnung stehen, in der Regel unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ behandelt. Diesen TOP gibt es im Vorschlag zur Tagesordnung² aber nicht.

¹: https://cms.gruene.de/uploads/documents/221116_FAQ_Antraege_BDK.pdf

²: <https://antraege.gruene.de/49bdk/vorschlag-zur-tagesordnung-test-44074>

Um den Zeitlichen Rahmen der Diskussionen zum EU-Wahlprogramm und die Wahlen der Gremien nicht zu knapp werden zu lassen, sollte Verschiedenes am Donnerstag nach TOP 3 eingefügt werden.

Anmerkung Antragskommission: Dieser Änderungsantrag bezieht sich auf folgende Anträge:

- <https://antraege.gruene.de/49bdk/wahre-kosten-von-lebensmitteln-umbesteuerung-und-abgaben-orientiert-26182/pdf>
- <https://antraege.gruene.de/49bdk/substantielles-klimageld-bereits-anfang-2024-einfuehren-4787/pdf>
- <https://antraege.gruene.de/49bdk/fur-eine-menschenwürdige-asy/politik-49476/pdf>
- <https://antraege.gruene.de/49bdk/deutschlandticket-als-jobticket-fur-grune-gliederungen-43813/pdf>
- <https://antraege.gruene.de/49bdk/mercotur-fur-ein-faires-okologisches-und-postkoloniales-abkommen-4394/pdf>
- <https://antraege.gruene.de/49bdk/handlungsfähigkeit-der-kommunen-durch-auskommliche-finanzierung-und-al-25356/pdf>
- <https://antraege.gruene.de/49bdk/appell-an-kabinet-verkehrswende-jetzt-1982/pdf>

weitere Antragsteller*innen

Jan Heers (KV Hildesheim); Dominik Harwardt (KV Reutlingen); Alex Hunczek (KV Hamburg-Nord); Arsen Dittberner (KV Oberhavel); Andreas Saakel (KV Lahn-Dill); Karin Saakel (KV Lahn-Dill); Bettina Deutmoser (KV Stade); Eleonore Grabowski (KV Wesel); Jörg Witzel (KV Hochtaunus); Karl Hertkorn (KV Sigmaringen); Birgitta Tremel (KV Schwerin); Andre Turiaux (KV München-Land); Ulrich Oberdieck (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Sabine Behrent (KV Hochtaunus); Dirk Paul Finkeldey (KV Aurich-Norden); Sebastian Herrmann (OV Berg a. Laim / Trudering); Christoph Behnke (KV Stade);

Andreas Müller (KV Essen); Sven Selbert (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Vorschlag zur Tagesordnung



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Tobias Rödel (KV Hagen)

Änderungsantrag zu TO-01

In Zeile 6 einfügen:

TOP 4 NEU Unterstützungsantrag für die Grüne Bundestagsfraktion: Handlungsfähigkeit der Kommunen durch auskömmliche Finanzierung und Altschuldenabbau stärken

TOP ... Haushalt und Finanzen

Begründung

Antrag

Wir beantragen den folgenden Punkt als neuen TOP auf die Tagesordnung nach "Aus Verantwortung für die Menschen (Debatte ohne Beschlussfassung)" und vor "Haushalt und Finanzen" zu nehmen:

"Unterstützungsantrag für die Grüne Bundestagsfraktion: Handlungsfähigkeit der Kommunen durch auskömmliche Finanzierung und Altschuldenabbau stärken"

Begründung

- Vielen Kommunen steht das Wasser finanziell bis zum Hals, viele Kommunen werden in diesem Herbst keinen ausgeglichenen Haushalt aufstellen können, in vielen Kommunen steht die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf dem Spiel.
- Eine handlungsfähige Kommunalpolitik als Gesicht der Demokratie vor Ort bestimmt maßgeblich die Zufriedenheit der Gesellschaft mit.

Durch den Wegfall des V-Antragsverfahrens und die besondere Dringlichkeit des Themas bitten wir um einen Beschluss der Konferenz, das Thema durch Änderung der Tagesordnung doch bereits auf der Herbst-BDK 2023 zu behandeln. Danke für Eure Unterstützung!

Ein paar Worte zum Antrag, der unter dem neuen Punkt 4 verhandelt werden soll:

- Nach einer erfolgreichen Antragstellung zum Schwerpunkt Altschulden auf der Landesdelegiertenkonferenz NRW legt dieser Antrag an die BDK den Schwerpunkt auf eine auskömmliche Finanzierung für die Kommunen.
- Unserer Meinung nach ist ein Zeichen der Solidarität und Dringlichkeit aller Grünen KVen hilfreich, um der Grünen Bundestagsfraktion und den Grünen Landtagsfraktionen den Rücken in den Verhandlungen zu stärken und den Bürger*innen zu zeigen, dass wir die Probleme vor Ort ernst nehmen.
- Der Antrag wurde unter bundesweiter Information und Beteiligung aller Kommunen im "Bündnis für die Würde unserer Städte" geschrieben und abgestimmt, fristgerecht am 14.9.23 über das Antragsgrün eingereicht und am 17.10.23 von der Antragskommission als „ungültig“ zurückgewiesen, da der Antrag keinem Tagesordnungspunkt zugeordnet werden konnte.

Hier gehts zum Antragstext in der grünen Wolke:

<https://wolke.netzbegrueung.de/s/PaHATcDnj243FXW>

Das Organisatorenteam

Sabine von der Beck, KV Herne

Robin Conrad, KV Recklinghausen

Marcel Gießwein, KV Ennepe-Ruhr

Marion Manske, KV Mönchengladbach

Björn Maue, KV Mülheim an der Ruhr

Tobias Rödel, KV Hagen

Katharina Schmitt, KV Worms

weitere Antragsteller*innen

Robin Conrad (KV Recklinghausen); Marion Manske (KV Mönchengladbach); Julian Harm (KV Worms); Katharina Schmitt (KV Worms); Alina Blum (KV Ennepe-Ruhr); Paul Kahrau (KV Hagen); Franziska Werner (KV Worms); Rolf Beu (KV Bonn); Lianne Hirsch (KV Worms); Reiner Neumann (KV Duisburg); Anita Hoffmann (KV Mönchengladbach); David Hilzendegen (KV Worms); Marcel Gießwein (KV Ennepe-Ruhr); Konrad Gerards (KV Oberberg); Ralf Schulz (KV Ennepe-Ruhr); Thomas Schmitz (KV Ennepe-Ruhr); Thomas Wagener (KV Wesel); Dieter Grünewald (KV Saarbrücken); Christian Walker (KV Ennepe-Ruhr); sowie 188 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.